



Fraktion im Kreistag
des Landkreises Hildesheim



Fraktion im Kreistag
des Landkreises Hildesheim

Herrn Landrat
Bernd Lynack

o.V.i.A.

Hildesheim, den 21.05.2024

Gewährung von Zuwendungen für die Musikschule Hildesheim in den Haushaltsjahren 2024 bis 2027; Anfrage und Antrag

Sehr geehrter Herr Landrat Lynack,

über den Bericht in der HAZ vom 11.05.2024 haben wir erfahren, dass die „Mehrheitsgruppen“ des Hildesheimer Stadtrates und des Kreistages eine „Vereinbarung“ über konkrete finanzielle Zuwendungen der Stadt Hildesheim und des Landkreises Hildesheim in den Haushaltsjahren 2024 bis 2027 geschlossen haben. Zur Finanzierung der Mittel des Landkreises hat der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion ausgeführt: „Notfalls muss das über einen Nachtragshaushalt gemacht werden.“ Nach einem weiteren Bericht in der HAZ vom 17.05.2024 haben Sie sich bei den „politischen Akteuren“ dafür bedankt, das Projekt „von Anfang an so eng mit“ Ihnen begleitet zu haben. Auch die Presseverwaltung der Stadtverwaltung bringt zum Ausdruck, dass „ihr Kulturbüro in die Lösungsfindung mit eingebunden war“. Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer betont allerdings auch, dass die Bezuschussung durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden müssten. Diese Informationen führen für die HAZ dazu, darauf hinzuweisen, dass Stadtrat und Kreistag zwar noch darüber entscheiden müssten, die Mehrheitsgruppen diese Entscheidungen jedoch „zur Not auch ohne Zustimmung der anderen Parteien realisieren“ könnten.

Gerade erst im Dezember 2023 haben sowohl der Kreisausschuss als auch der Kreistag die finanziellen Probleme der Musikschule und auch des TfN aufgrund unserer Anträge beraten. **Ziel unserer Anträge war es, einen umfassenden Überblick über die finanzielle Situation der Musikschule und des TfN zu erhalten und auf dieser Basis Hilfemöglichkeiten zu prüfen.**

Der Kreisausschuss hat aufgrund dieser Anträge in der Sitzung am 4.12.2024 folgenden Beschluss gefasst:

Die Kreisverwaltung wird gebeten, die aktuelle finanzielle Situation des TfN und der Musikschule Hildesheim in einer besonderen Verwaltungsvorlage darzustellen und dabei auch auf die voraussichtliche finanzielle Entwicklung der Folgejahre einzugehen.

Beide Musikschulen (Hildesheim und Alfeld) sowie die Geschäftsführung der TfN werden in den Finanzausschuss eingeladen.

Dazu stellen wir folgende Fragen:

1. Wann wird den Kreistagsabgeordneten mit einer Verwaltungsvorlage die konkrete finanzielle Situation und die voraussichtliche finanzielle Entwicklung der Musikschule dargelegt?
2. Wann werden die Musikschulen Hildesheim und Alfeld zu einer Sitzung des Finanzausschusses eingeladen?
3. Haben Sie und/oder die Kreisverwaltung an den Gesprächen zwischen den „Mehrheitsgruppen“ des Stadtrates und des Kreistages teilgenommen?
4. Hat die Kreisverwaltung die finanzielle Situation und die voraussichtliche weitere finanzielle Entwicklung der Musikschule Hildesheim zwischenzeitlich überprüft? Hat sie zur Ermittlung und Festlegung der Zuwendungen in der „Vereinbarung“ der Mehrheitsgruppen beigetragen?
5. Auf welche konkreten Unterlagen der Musikschule ist die Festlegung der finanziellen Zuwendungen für die Musikschule zurückzuführen?
6. Stimmen Sie uns zu, dass über die Zuwendungen des Landkreises für die Musikschule nicht aufgrund einer „Vereinbarung“ von Mehrheitsgruppen des Stadtrates und des Kreistages entschieden wird, sondern durch den Hildesheimer Kreistag?
7. Der Kreishaushalt steht vor großen finanziellen Herausforderungen. In den nächsten Haushaltsjahren sind massive Defizite zu erwarten. Zudem liegt die Verschuldung deutlich über dem Landesdurchschnitt. Ferner gibt es einen erheblichen Finanzbedarf für zwingend notwendige Investitionen, der nur über weitere sehr hohe Kredite gedeckt werden kann. Der Haushalt 2024 ist bisher nicht vom Innenministerium genehmigt worden. Es ist davon auszugehen, dass intensive Anstrengungen zur Konsolidierung des Kreishaushalts unternommen werden müssen. Die Finanzierung der Zuwendungen für die Musikschule ist nach der Stellungnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden offensichtlich nicht geklärt und danach auch nicht Gegenstand der „Vereinbarung“. Im Hinblick darauf stellen wir die Frage, wie diese nach Ihrer Auffassung sichergestellt werden soll?
8. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von freiwilligen Zuwendungen in den Haushaltsjahren 2024 bis 2027 und eine haushaltsrechtlich korrekte Bewilligung im Haushaltsjahr 2024?

Wir beantragen zudem, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses, des Kreisausschusses und des Kreistages zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Stuke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion Die Unabhängigen

gez. Dr. Bernd Fell
Fraktionsvorsitzender
FDP-Kreistagsfraktion


f.d.R.
Anja Wucherpfennig
Fraktionsgeschäftsführung


f.d.R.
Melanie Partyka
Fraktionsgeschäftsführung